



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/223 - 2.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Tauziehen um die Parlamentsdebatte	S. 1
Der Vorstoß Wyschinskys	S. 3
Vertriebenen-Fürsorge in Hessen	S. 4
Der Bundespräsident über Andreas Gayk	S. 5

Hin und Her in Bonn

F.B. "Wenn der Kanzler in der kommenden Woche seine Regierungserklärung abgibt, so wird er das in einem frohen, vielleicht sogar stolzen Gefühl tun. Denn aus den Trümmern der EWG wächst das neue Europa...". Soweit eine Sonnabendzeitung, die Dr. Adenauers Politik trotz täglich bescheinigter Unabhängigkeit auf Biegen oder Brechen unterstützt.

Wir wollen nicht orakeln, ob der Kanzler in der nächsten Woche noch froh, stolz oder niedergeschlagen sein wird. Nach den letzten Londoner Ereignissen ist es zumindest fraglich geworden, ob Dr. Adenauer in der kommenden Woche überhaupt vor dem Parlament spricht. Am Freitagabend schien es so, als wenn der Kanzler und die CDU die Außenpolitische Debatte in der kommenden Woche ganz absagen wollten, am Sonnabend ließen verschiedene Informationen den Schluß zu, dass man zwar die Kanzlererklärung hören würde, dafür aber auf die Aussprache in dieser Woche verzichten sollte. Wie es Montag sein wird? Niemand weiß es genau.

Aber wie dem auch sei, an diesem Vorgang zeigt sich erneut, was nach den Vorstellungen des Kanzlers und seiner parlamentarischen Hilfstuppen das Parlament für eine Rolle abgeben soll. Als in den ersten Tagen der Keuner-Konferenz die Berichte aus London vor Optimismus triefen, war man sofort bereit, eine außenpolitische Erklärung abzugeben, um für die Rolle des Siegers auch eine entsprechende parlamentarische Kulisse zu haben. Als am Wochenende die Nachrichten

aus der britischen Hauptstadt düsterer wurden, erwog man sofort den Gedanken, auf die Parlamentsdebatte zu verzichten.

So geht es aber nicht. Das Parlament ist nicht dazu da, die Staffage abzugeben, sondern es hat, gleichgültig ob das Ergebnis der einen oder anderen Partei passt oder nicht, zu debattieren und politische Beschlüsse zu fassen.

Überhaupt, man sollte nach so vielen empfindlichen Reinfällen in puncto Optimismus vorsichtig sein. Noch am Freitagnachmittag schrieb der "Deutschland-Union-Dienst" der CDU/CSU:

"Der gute Wille aller Teilnehmer der Londoner Konferenz scheint sich vor allem auf dem schwierigen Gebiet der Rüstungskontrolle bewährt zu haben".

Wenige Stunden später stellte es sich heraus, dass gerade dieses Thema zur entscheidenden Hürde der Londoner Konferenz wurde. Die gleichen Erfahrungen dürfte der Vorsitzende der FDP, Dr. Thomas Dehler am Sonnabendfrüh gemacht haben, nachdem er in seiner Pressekonferenz am Freitag bereits die Londoner Konferenz als fix und fertigen Erfolg gefeiert hatte. Es bleibt jetzt abzuwarten, wie der FDP-Vorsitzende sich weiter verhalten wird. Seine neuentwickelten Gedankengänge in puncto Vierer-Konferenz in allen Ehren, aber leider bietet die Persönlichkeit des FDP-Vorsitzenden nicht die Gewähr, dass er 24 Stunden später nicht eine genau entgegengesetzte Meinung als logische und kontinuierliche FDP-Politik präsentiert.

Was die Lage erfordert, das sind nicht Siegesfeiern dieser oder jener Richtung, sondern ein nüchternes Abwarten und das Aussprechen der Wahrheit. Wie schwer eine solche Haltung den Bonner Regierungskreisen fällt, haben die letzten Tage und Stunden nur zu deutlich ergeben.

+

+

+

- 3 -

Wyschinskys Angebot

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Wyschinsky hat in der UNO-Vollversammlung die Konferenzteilnehmer mit dem Angebot überrascht, Verhandlungen über die Abrüstungs- und Atomkontrolle auf neuer Grundlage zu führen. "Weitgehend" entsprechen seine Anregungen einem französisch-englischen Memorandum, das noch im Sommer bei den Geheimverhandlungen in London von den Sowjets abgelehnt worden war. Gleichzeitig hat Wyschinsky auf die wichtigste Voraussetzung für jede russische Zustimmung zur Abrüstungskontrolle verzichtet. Die alte Reihenfolge: erst Ächtung der Atombombe, dann Abrüstung hat er aufgegeben. Daran waren alle bisherigen Verhandlungen gescheitert. Nun ist der Weg für neue Verhandlungen frei.

Wyschinsky hat keinen Zweifel gelassen, an wessen Adresse er sich wendet. Gleichzeitig hat er über Spannungen und Kriegsgefahren und gegen die westdeutsche Wiederaufrüstung gesprochen, die eine Wiedervereinigung unmöglich mache. Er hat die Pauke zur Londoner Konferenz geschlagen. Er hat sich einen Tag vor dem Ende der Konferenz mit seinen neuen Vorschlägen zu Wort gemeldet, damit sie bei der Würdigung des Londoner Konferenzergebnisses noch im Ohr klingen. Mit Untertönen hat er seine Beschwörungen französischer Ressentiments gegen die deutschen Marschstiefel wiederholt. Er hat Mendès-France, von dem er vielleicht mehr Widerstand gegen die westdeutsche Aufrüstung erwartete, die Rückkehr nach Paris schwerer gemacht. Und doch war der Ton seiner Rede neu. Wann jemals haben die Russen eine seit neun Monaten vertretene Voraussetzung aufgegeben, um ein englisch-französisches Memorandum als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen?

Die westlichen Konferenzkreise haben sofort erklärt, ihre Regierungen würden die neuen Vorschläge Wyschinskys sorgfältig prüfen. Die Amerikaner wittern eine Propagandafalle hinter der sowjetischen Bereitschaft, eine internationale Kontrollbehörde zur Überwachung des Rüstungsstandes in allen Ländern zu gründen. Was ist eine "allmähliche Verminderung der Atomwaffenproduktion"? Dafür werden die Engländer, die sich jetzt in Europa so fest gebunden haben, Rücksicht auf die asiatischen Commonwealthländer nehmen müssen. Auch die Franzosen, die "sehr interessiert" sein sollen, können das russische Angebot nicht zurückweisen, deshalb schon nicht, weil der Vorschlag, den Wyschinsky aufgegriffen hat, von ihnen selbst stammt. So ist sicher, dass auf der neuen Grundlage erneut verhandelt wird.

Wyschinsky hat das deutsche Problem mit der allgemeinen Abrüstungs- und Atomkontrolle umhüllt. Er hat die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion durch eine grosse Konzession angedeutet: in einem Augenblick, der den Westmächten unpassend erscheinen muss. Wenn man jetzt die Probe aufs Exempel wagte, würden wir bald wissen, ob ein Übereinkommen in der deutschen Frage möglich ist.

+ + +

Die Familie Heppenheimer kommt nach Hessen zurück

Von unserem hessischen KH-Korrespondenten

Im 17. Jahrhundert ist Urur-Großpapa Heppenheimer aus der damaligen Landgrafschaft Starkenburg mit etlichen tausend Familien nach Südungarn ausgewandert. Die Südhessen hatten sich bald in ihrer neuen Heimat eingelebt. Diese lag zwischen dem Gebiet des Plattensees und der Drau. Sie bestellten die Felder, Weinberge und trieben Viehzucht. Zur gleichen Zeit bauten sie ihre Häuser und Stallungen.

Während dieser dreihundert Jahre ist viel Wasser die Drau abwärts geflossen und neue kräftige Heppenheimers wuchsen heran, bis dann durch Krieg und die nachkriegsbedingten Ereignisse die Heppenheimer mit tausenden anderen Familien auswandern mussten und in der Donausiedlung am Rande Darmstadts eine neue Heimat fanden. - Fanden? Nein, sie haben sie sich in harten Arbeit mit Hilfe der hessischen Landesregierung und der kommunalen Stellen neu geschaffen.

"Frau Doktor" hat eine gute Idee

Der Gedanke, den Deutschen aus Ungarn in ihrer alten Heimat eine neue Heimstätte zu schaffen und sie in geschlossenen Gemeinschaften anzusiedeln, reifte bei Frau Dr. Irma Steinsch, die der Meinung ist, dass kleine, zielbewusste Taten unter Umständen um vieles nützlicher sind als grosse, sonntägige Reden. Hierbei liess sie sich vor allem von dem Gedanken leiten, dass den vorwiegend bäuerlichen Handwerkern die Möglichkeit geboten werden müsse, ihre bisherigen Arbeits- und Lebensgewohnheiten fortzusetzen. Es erwies sich als nicht sehr schwierig für die Männer, die vorwiegend Bauarbeiter sind, im Gebiete von Darmstadt Arbeit zu finden. In ihrer Freizeit zum Wochenende und an den Abenden bauten die Männer in gemeinsamer Arbeit ihre Zweifamilienhäuser. Dies geschieht auf genossenschaftlicher Basis, d.h. dass

die Bauarbeiter auch gleichzeitig ihre eigenen Bauherren sind, Material, Werkzeuge und die Betonmischmaschine stellt die Genossenschaft zur Verfügung. Vor Baubeginn wird jeweils eine Baugemeinschaft von acht bis zehn Familien gebildet, in der sämtliche Bauhandwerker vertreten sein müssen, die dann auch gemeinsam die vier oder fünf Häuser, die neu errichtet wurden, beziehen. Das Los entscheidet dann, in welche Wohnur die Familien einziehen.

Ohne jegliche Einschränkung muss man der "Frau Doktor", wie sie von ihren Landsleuten mit einem Unterton von Sympathie und Respekt genannt wird, zugestehen, dass sie eine gute Idee gehabt hat. - Eine Idee, zu deren Verwirklichung vor allem die hessische Landesregierung und der seinerzeitige Darmstädter Oberbürgermeister und jetzige Bundestagsabgeordnete Ludwig Metzger viel beigetragen haben. Um die von der Darmstädter Stadtverwaltung gewährte Hilfe im vollen Ausmaße würdigen zu können, muss man sich vergegenwärtigen, dass diese Stadt 72 Prozent durch Bombeneinwirkung zerstört war. Doch verdient gerade in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, dass 42,7 Prozent der Unkosten für die Errichtung der Bauten von den Siedlern selbst getragen wurden.

Eine aktive Bilanz...

Diesen hier angeführten Umständen ist es zuzuschreiben, dass seit April 1949 120 Wohnungen fertiggestellt werden konnten, 80 gegenwärtig im Rohbau sind und 76 für die nächste Zeit geplant werden.

Man kann hier also ohne jegliche Übertreibung von einer sowohl menschlichen als auch wirtschaftlich aktiven Bilanz sprechen. Das erste trifft schon deshalb zu, weil die aus Südungarn kommenden, kleinhäuslichen Handwerker hier nicht nur Arbeit, sondern auch eine neue Heimat gefunden haben.

Zum Abschluß unseres Gespräches versicherte uns Frau Dr. Steinsch eine Vertreterin der 30.000 Ungarndeutschen, die in Hessen leben, - dass nirgends im Bundesgebiet so viel für die Flüchtlinge getan wurde, wie dies im Lande Hessen bisher der Fall war. Dieser Hilfe, den gewährt Unterstützungen und Darlehn und dem zähen Aufbauwillen der Neusiedler ist es zuzuschreiben, dass der Familie Heppenheimer und tausenden anderer Familien nach dreihundert Jahren eine Rückkehr nach Hessen ermöglicht wurde.

+ + +

Theodor Heuss über Andreas Gayk

Zum Hinscheiden von Andreas Gayk sandte Bundespräsident Prof. Theodor Heuss an den Parteivorstand der SPD folgende Trauerbotschaft:

"Zum Hinscheiden von Andreas Gayk darf ich Ihnen meine aufrichtigste Teilnahme aussprechen.

Wir wußten ja alle schon seit langen Monaten, dass dieses tapfere und hingebungsstarke Leben sich zu seinem Ende neigte. Als ich im Sommer bei der Kieler Woche war, deren innere Umgestaltung dem Verstorbenen so sehr am Herzen lag, hatte ich die Empfindung, dass auch er das Abschiednehmen sehr ernst nahm, denn es war eine eigentümliche und ergreifende Rührung in seinem Wesen.

Ich habe Andreas Gayk in seinem draufgängerischen Temperament und der alle Leidenschaft regulierenden Kraft seines Verstandes sehr zu schätzen gelernt. Der stärkste Motor seiner Unermüdlichkeit war aber doch wohl der menschliche Helferwillen.

Das, was er für die unglückliche Stadt Kiel geleistet hat, wird die Geschichte würdigen. Seine Freunde - er besaß sie über die Grenzen seiner politischen Gemeinschaft hinaus - eint aber jetzt die Trauer um diesen Mann."

Verantwortlich: Peter Raunau